

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Aufrüstung nach innen](#)
2. [Pistorius plündert Bundeswehr-Bestände für die Ukraine](#)
3. [Annalena Baerbock und der Preis der „Zeitenwende“: Was Deutschland ihr Ukraine-Kurs bislang gekostet hat](#)
4. [Wegen Kommentar zu AfD-Wahlsieg? Kanzleramt verschiebt Telefonat zwischen Merz und Trump](#)
5. [Kriegsübungen in Grönland \(III\)](#)
6. [Am letzten Rande ...](#)
7. [Die Drohne, die Deutschland verändert](#)
8. [Venezuela fällt zurück in den Kolonialismus](#)
9. [Zinsen für Staatsanleihen: Alles im normal spekulativen Bereich](#)
10. [Krankenkassen droht womöglich Milliardenverlust](#)
11. [Milliardäre bekämpfen Reichensteuer – mit 150 Millionen Dollar](#)
12. [Nach Pisa: Riesa](#)
13. [Eine schlechte Begründung und die wahren Motive für die aggressive Ausforschung der Bankkunden](#)
14. [Sachsen Anhalt: BSW will als einzige Partei mit AfD sprechen](#)
15. [Wegner schaut Basketball](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Aufrüstung nach innen**

Die harte Beweislage bleibt dünn, nicht nur im Fall Leipzig. Bei den Drohnenvorfällen insgesamt ist selten belegt, wer dahintersteht. Die tägliche Beschwörung hybrider Angriffe wirkt trotzdem, und wo sie wirkt, kann man im Haushaltsentwurf 2027 nachlesen.

Der BND steigt von 1,51 auf 1,85 Milliarden Euro, das Bundesamt für Verfassungsschutz von 691 auf 860 Millionen, das BSI von 379 auf 513 Millionen. Zuwächse von 22, 24 und 35 Prozent in einem einzigen Jahr.

Auffällig ist die Gleichzeitigkeit. Auslandsnachrichtendienst, Inlandsnachrichtendienst und Cyberabwehr wachsen parallel, dazu Polizei und technische Überwachung. Das sind keine Einzelentscheidungen mehr, sondern ein Ausbau der Sicherheitsarchitektur in der Breite.

Quelle: [Arno Gottschalk via Twitter/X](#)

dazu auch: **Haushalt 2027: Mit Volldampf in die Katastrophe**

Während die Industrie und Bildungssystem erodieren, treibt der Haushaltsentwurf 2027 Rekordschulden, Rüstung und Eskalation mit Russland voran, auf Kosten von Sozialstaat und gesellschaftlichem Zusammenhalt. [...]

Während Finanzminister Lars Klingbeil von einem „einzigartigen Zukunftsprogramm“ spricht, erreicht die Neuverschuldung mit 200 Milliarden Euro einen neuen Rekord.

Damit sollen gigantische Rüstungsausgaben finanziert werden. Neben einem geplanten Rüstungshaushalt von 109 Milliarden Euro wird auf Teile des Sondervermögens in Höhe von 30 Milliarden zugegriffen. Was die bei der NATO anrechenbaren Militärausgaben angeht, sind zusätzlich die milliarden schwere Ukrainehilfe und die in anderen Ressorts versteckten Ausgaben für Militär und Rüstung zu nennen.

Insgesamt dürften 2027 nach dem Willen der Bundesregierung damit ein Drittel des Bundeshaushalts mit einer Gesamthöhe von 555 Milliarden Euro für Kriegsvorbereitung, Militär und Rüstung ausgegeben werden. Sowohl was die jährlichen Steigerungsraten als auch die hohen Prozentanteile der Militärausgaben am Haushalt angeht, muss man in die dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts nach der Machtübergabe an die NSDAP zurückgehen, um ähnliche Werte zu finden.

Quelle: [Sevim Dagdelen auf Overton Magazin](#)

und: **Merz im Herbst**

AfD und CDU/CSU nutzen Haushaltsdebatte im Bundestag für ihr jeweiliges »Weiter so!« Über die Rekordrüstung wird nur am Rande geredet

Quelle: [junge Welt](#)

2. Pistorius plündert Bundeswehr-Bestände für die Ukraine

Er wollte Deutschland "kriegstüchtig" machen – jetzt plündert er die Bundeswehr-Bestände: Militärminister Pistorius hat der Ukraine umfangreiche Waffenlieferungen zugesagt.

Einschüchterungsversuche Russlands und hybride Angriffe würden weder bei der Ukraine noch bei Deutschland oder anderen Partnern wirken, sagte Pistorius bei einer Videokonferenz der Ukraine-Kontaktgruppe (UDCG, Ramstein-Format).

„Ganz im Gegenteil: Russlands rücksichtsloses und unverantwortliches Verhalten bestärkt uns in unserer Entschlossenheit, Frieden und Freiheit in Europa zu verteidigen“, sagte Pistorius mit Blick auf den angeblich russischen Drohnenanschlag in Leipzig.

Er habe beschlossen, dringend benötigte PAC-2-Abfangraketen aus Beständen der Bundeswehr an die Ukraine zu liefern, sagte Pistorius. Außerdem werde er seine Lieferungen von Luft-Luft-Raketen aus Bundeswehrbeständen verstärken.

Damit werden die ohnehin knappen Waffenlager der Bundeswehr strapaziert, was die Verteidigungsbereitschaft in Deutschland schwächt – von "Kriegstüchtigkeit" ganz zu schweigen.

Quelle: [Lost in Europe](#)

dazu auch: **Deutsche Waffen für deutsches Geld: Wadephul als Vertreter der Rüstungsindustrie**

Wie sich doch die Zeiten gewendet haben: Im Jahre 2026 kann der Außenminister der BRD ganz ungeniert in der Öffentlichkeit als Handelsvertreter deutscher Waffenschmieden auftreten – und keinen stört's. Johann Wadephul sagte wortwörtlich zu Bild: »Wir sind mittlerweile der stärkste Unterstützer der Ukraine, was finanzielle und militärische Unterstützung angeht. Und es muss naturgemäß so sein, dass die deutsche Verteidigungsindustrie davon profitiert.« Es sei legitim, findet Wadephul, »dass wir unsere Interessen formulieren und sagen: Wir müssen auch etwas davon haben.« Zum ukrainischen Präsidenten habe er gesagt: »Das Mindeste ist, dass ihr bei allen Beschaffungsmaßnahmen auch die deutsche Verteidigungsindustrie beteiligt.« Deutlicher kann man wohl nicht ausdrücken, dass man die Ukraine längst nicht mehr nur als Bollwerk gegen die russische Konkurrenz, sondern vor allem auch als Absatzmarkt für eigenes Kriegsgerät betrachtet.

Quelle: [junge Welt](#)

3. **Annalena Baerbock und der Preis der „Zeitenwende“: Was Deutschland ihr Ukraine-Kurs bislang gekostet hat**

Der Ukraine-Krieg steht nach vier Jahren vor einem blutigen Ende. Deutschland steht vor rund 100 Milliarden Euro und 79 Prozent höheren Gaspreisen. Eine

Zwischenrechnung für eine Verantwortliche. [...]

Die Zahlen des Einsatzes: Bis Ende 2025 leistete oder stellte Deutschland rund 39 Milliarden Euro zivile und etwa 55 Milliarden Euro militärische Unterstützung bereit; Stand August 2026 nennt die Bundesregierung 57,6 Milliarden Euro Militärhilfe und über 43,3 Milliarden Euro zivile bilaterale Hilfe.

Das ist nicht nur abgeflossenes Geld, sondern auch Materialabgaben, Ausbildung und eingeplante Mittel für Folgejahre.

Auf der Habenseite steht das Ende der Energieabhängigkeit von Moskau. Auf der Sollseite eine unbequeme Wahrheit: Deutschland hat die Abhängigkeit nicht abgebaut, sondern verlagert. [...]

Baerbock selbst sagt heute, sie verstehe „diese maskulinen Powergames“ ziemlich gut, und: „Man darf keine Angst vor Gegenwind haben.“ Als persönliche Resilienz achtbar. Als politische Haltung grenzt es an Überheblichkeit angesichts der Kosten, die andere tragen. Ihr viraler Satz „egal, was meine deutschen Wähler denken“ war ein weiteres Beispiel dafür. Dass solche Sätze haften blieben, ist kein Zufall.

Im September 2026 gaben in einer Civey-Umfrage 76 Prozent an, Baerbock in Berlin nicht zu vermissen. In ihre Amtszeit fiel auch das Scheitern der deutschen Sicherheitsrats-Kandidatur. Die Bilanz wurde also nicht besser für die Grünen.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

4. Wegen Kommentar zu AfD-Wahlsieg? Kanzleramt verschiebt Telefonat zwischen Merz und Trump

Ein angesetztes Gespräch zwischen Bundeskanzler Merz und US-Präsident Donald Trump findet nicht statt. Ein möglicher Zusammenhang mit Trumps Kommentar zum AfD-Wahlerfolg bleibt offen.

Die Bundesregierung hat ein bereits terminiertes Telefonat zwischen Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und US-Präsident Donald Trump kurzfristig abgesagt. Das teilte Regierungssprecher Stefan Kornelius in Berlin mit. Ein neuer Termin sei bislang nicht vereinbart.

Anlass des ursprünglich für Mittwoch geplanten Gesprächs sollte der 25. Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten sein. Gründe für die Verschiebung nannte Kornelius nicht.

Auf die Frage, ob die Absage mit jüngsten Äußerungen Trumps zum Ausgang der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zusammenhänge, äußerte sich der Regierungssprecher nicht direkt. Er verwies stattdessen auf frühere Aussagen des Kanzlers: Merz habe wiederholt „in abstrakter Weise“ deutlich gemacht, dass Eingriffe oder Kommentierungen der deutschen Innenpolitik – insbesondere im Zusammenhang mit Wahlen – für ihn „nicht in Frage kommen“.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

5. **Kriegsübungen in Grönland (III)**

Die EU festigt im Einflusskampf mit den USA ihre Stellung auf Grönland; mehrere NATO-Staaten Europas, darunter Deutschland, haben erneut ein Manöver auf der Insel gestartet. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hielt sich am Sonntag und am Montag in Nuuk auf, um dort die Vergabe von 200 Millionen Euro vor allem für Rohstoff- und Infrastrukturprojekte anzukündigen. Der Bau neuer Infrastruktur ist erforderlich, um Grönlands Rohstoffe abtransportieren zu können. Zugleich hat am Montag ein NATO-Manöver begonnen, bei dem elf europäische NATO-Staaten ganz ohne jede Beteiligung von US-Streitkräften Operationen auf grönländischem Territorium proben. Die Bundeswehr beteiligt sich mit Militärbeobachtern und mit logistischer Unterstützung. Hintergrund der europäischen Einflussmaßnahmen, zu denen auch die Unterzeichnung einer neuen Partnerschaftsvereinbarung der EU mit Grönland zählt, sind die völlig ungebrochenen Bestrebungen der Trump-Administration, Grönland zu annektieren. Während Trump erneut Landkarten publiziert, auf denen die Insel den USA zugeschlagen wird, transportiert eine US-Ölfirma bereits ohne Genehmigung durch Nuuk Bohrausrüstung nach Grönland.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

6. **Am letzten Rande ...**

Die RAND Corporation, der für die US-Army wichtigste Beratungs-Thinktank, hat vor einiger Zeit nach intensiven Recherchen festgestellt, dass Russland stets defensiv reagiert und nie selber einen Konflikt aggressiv initiiert. Genauso war und ist es auch im Falle der Ukraine: Der Westen provoziert, Russland reagiert. Das hat leider, so muss Russland heute erkennen, im Westen zu einem falschen Sicherheitsgefühl geführt. In Russland wächst deshalb die Forderung an den Kreml, einmal selber aktiv zu werden, und nicht nur zu reagieren. Dmitri Trenin, Präsident des RSMD, des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten, hat dazu einen Kommentar geschrieben.

Quelle: [Globalbridge](#)

7. **Die Drohne, die Deutschland verändert**

Ob Russland den gescheiterten Angriff in Leipzig geplant hat oder nicht, ist unerheblich. So oder so handelt die Bundesregierung politisch unklug dabei, die Schuldfrage eindeutig zu beantworten.

Was die Bundesregierung unter Beweisen versteht, dürfte den meisten Juristen die ein oder andere Sorgenfalte auf die Stirn zaubern. Indizien und Anhaltspunkte waren genug, um den Anschlag auf den Flughafen Leipzig/Halle eindeutig Russland zuzuweisen. Nachrichtendienstliche Erkenntnisse würden in diese Richtung weisen, hieß es. Tatmuster würden sich ähneln. Dass all das keine Beweise sind, ist bereits

vielfach ausgeführt worden. Selbst wenn es jedoch stimmen und die Indizien die Bundesregierung in die richtige Richtung lenken sollten, heißt das noch nicht, dass eine Schuldzuweisung, wie wir sie gerade erleben, tatsächlich sinnvoll ist. Die Regierung bringt sich so selbst in Zugzwang und setzt eine Eskalationsspirale fort, aus der es eigentlich auszutreten gälte.

Quelle: [Roberto J. De Lapuente auf Manova](#)

8. **Venezuela fällt zurück in den Kolonialismus**

Donald Trumps Abkommen mit der venezolanischen Führung überträgt den USA die Kontrolle über das Öl des lateinamerikanischen Landes. Es markiert das Ende des venezolanischen Sozialvertrags, nach dem die Ölförderung eigentlich gemeinschaftlichen ökonomischen Zielen dienen sollte.

Am vorletzten Wochenende verkündete US-Präsident Donald Trump per Truth Social-Post, er habe den »größten Öl-Deal der Weltgeschichte« abgeschlossen. Im Rahmen dessen werden die USA die teilweise Kontrolle über die gewaltige Menge von 65 Milliarden Barrel venezolanischen Öls übernehmen. Die derzeitigen US-Reserven würden sich damit mehr als verdoppeln.

Quelle: [Jacobin](#)

9. **Zinsen für Staatsanleihen: Alles im normal spekulativen Bereich**

Über nichts wird derzeit mehr diskutiert als über die Zinsentwicklung bei Staatsanleihen. Ein Blick auf die Zahlen hilft, Panikmache von seriöser Information zu unterscheiden. Nichts ist derzeit außergewöhnlich außer dem Ausmaß der Spekulation darüber, was die Notenbanken als Nächstes tun werden. Das aber liegt vor allem daran, dass die Notenbanken selbst nicht wissen, was eine angemessene Reaktion auf den derzeitigen Angebotsschock ist.

Besonders im Fokus stehen die USA mit – wie alle Nichtswisser gerade wissen – 40 Billionen US-Dollar an Staatsschulden. Doch wo ist das Problem? Die Abbildung 1 zeigt, dass sich in den USA der langfristige Zins ein wenig vom kurzfristigen gelöst hat, aber nicht viel mehr als in früheren Phasen wie etwa in den Jahren 2021 und 2022. Der langfristige Zins folgt in der Tendenz immer dem kurzfristigen, aber niemals vollständig und perfekt. Das ist auch vollkommen klar, weil die Märkte (der für kurze Laufzeiten und der für lange) nicht voneinander getrennt sind, die Notenbank aber immer die volle Macht über den kurzfristigen Zins besitzt.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

10. **Krankenkassen droht womöglich Milliardenverlust**

Millionenschwere Darlehen für Immobilien, riskante Fonds und mögliche Totalverluste: Dutzende Krankenkassen haben zahlreiche Fehlinvestments getätigt. Nun nennt die Bundesregierung erstmals eine mögliche Schadenshöhe. Der Skandal um mutmaßliche Milliardenverluste durch riskante Immobiliendeals bei

den Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen beschäftigt auch die Bundesregierung. Wie aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen hervorgeht, wird derzeit unter anderem durch Bundes- und Landesbehörden untersucht, wie es zu den Fehlinvestments kommen konnte.

Mehr Klarheit herrscht offenbar in der Frage, wie hoch der Schaden denn nun ausfallen könnte.

Quelle: [tagesschau](#)

11. **Milliardäre bekämpfen Reichensteuer - mit 150 Millionen Dollar**

Im November stimmt Kalifornien darüber ab, ob Nettovermögen von über einer Milliarde Dollar (!) mit fünf Prozent besteuert werden.

Im vergangenen Herbst hatten Gewerkschaften des Gesundheitswesens in Kalifornien eine Initiative lanciert, welche die etwa 200 Milliardäre des Bundesstaates mit einer einmaligen Steuer von 5 Prozent zur Kasse bitten möchte. Diese Initiative wird als ein erster Versuch gesehen, das immense Ungleichgewicht des Reichtums ein wenig zu korrigieren. Von der Steuer betroffen wären auch nicht gemeinnützige «Trusts», in die Milliardäre ihre Vermögen verschieben.

Die Einnahmen aus der Milliardärssteuer, die einmalig für das Jahr 2026 erhoben würde, wären zweckgebunden zur Finanzierung der Gesundheitsversorgung, von Schulen und von Lebensmittelhilfen.

Die Betroffenen etwa 200 kalifornischen Dollar-Milliardäre vertrauten anfänglich darauf, die Initiative würde für ungültig erklärt. Zudem erwarteten sie vom demokratischen Gouverneur Gavin Newsom, der selber aus unterschiedlichen Gründen gegen diese Reichensteuer ist, dass er sie in Verhandlungen mit den Initiantinnen und Initianten derart abschwächen würde, dass die Superreichen nicht mehr viel zu befürchten hätten.

Nun aber kommt die Initiative mit der Bezeichnung «Proposition 40» im November an die Urnen.

Quelle: [Infosperber](#)

12. **Nach Pisa: Riesa**

Das Schulsystem der DDR war dem der Bundesrepublik in vielem überlegen. Ein Plädoyer für die ideologische Entrümpelung der deutschen Bildungspolitik

Es muss einfach mal gesagt werden: Wäre 1990 im Einigungsvertrag zwischen BRD und DDR vereinbart worden, dass überall in Deutschland das DDR-Schulsystem gelten solle, hätte Deutschland bei der Pisa-Studie 2001 einen Platz auf dem Siegereck bekommen. [...]

Nur mäßig zugespitzt heißt das: Wenn man vom DDR-Ideal der Erziehung zur allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit das „sozialistisch“ streicht, hat man eine weit fortschrittlichere Grundlage für ein Schulsystem als die westdeutsche

Dreigliedrigkeit. Denn die Vorstellung von den handwerkenden Hauptschülern, rechenschiebenden Realschülern und großgelehrten Gymnasiasten beruht auf einer beruflichen Schichtung der Gesellschaft, wie sie eher in frühen Industriegesellschaften anzutreffen ist als in sich entwickelnden Wissensgesellschaften.

Auch da lauert schon wieder ein Sakrileg: Die Gesamtschule besser als das Hauptrealgymnasiumssystem? Hatten nicht bei der Pisa-Studie die Gesamtschüler besonders schlecht abgeschnitten? Die Gesamtschüler in Westdeutschland: ja; die Gesamtschüler in England oder Japan: nein. Und die Gesamtschulen der alten BRD mit denen der DDR in einen Topf zu werfen wäre etwa so wie die Gleichsetzung von Gesamtschulen und Comprehensive Schools. Was in Westdeutschland als Gesamtschule verkauft wurde, waren ideologisch begründete Menschenversuche, für die das Wort „Fehler“ viel zu harmlos ist.

Quelle: [taz](#)

13. **Eine schlechte Begründung und die wahren Motive für die aggressive Ausforschung der Bankkunden**

Ein Newsletter des Financial Intelligence Units (FIU) des Bundeskriminalamts macht deutlich, wie grotesk übersteigert die Ambition der Bankenregulierer ist, durch laufende, detaillierte Ausforschung aller Bankkunden Terroranschläge zu verhindern. Das lässt sich nur durch völligen Realitätsverlust erklären oder dadurch, dass das Verhindern von Geldwäsche und Terrorfinanzierung nur ein Vorwand ist. Zwei alternative Motive drängen sich auf.

In einem Gerichtsverfahren wegen der Kündigung des Sparkassenkontos eines regierungskritischen Bloggers aufgrund eines angeblichen Terrorfinanzierungsverdachts, berief sich die Sparkasse auf den Newsletter des Financial Intelligence Units (FIU) des Bundeskriminalamts („Newsletter – Anhaltspunktepapier, Ausgabe Nr. 11/August 2014“). Die Sparkasse verlor das Verfahren, weil sie ihren unplausiblen Anfangsverdacht nicht überprüft hatte. Der Newsletter des FIU ist wegen der Formulierungen interessant, mit denen darin die völlig übersteigerte Ambition bei der Verhinderung der Terrorismusbekämpfung offen ausgesprochen wird.

Quelle: [Norbert Häring](#)

Anmerkung Christian Reimann: Die China vorgeworfene Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung findet in Deutschland und in der EU auf breiter Ebene statt. Bereits im Jahr 2016 hatte Norbert Häring das Buch [„Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen – Der Weg in die totale Kontrolle“](#) geschrieben. Diese Kontrolle wird nun immer offensichtlicher. Und 2017 hat Jens Berger darauf hingewiesen, dass es nicht so einfach ist, [bargeldlos gegen Geldwäsche und](#)

[Kriminalität](#) vorzugehen.

14. **Sachsen Anhalt: BSW will als einzige Partei mit AfD sprechen**

Während CDU, SPD, Grüne und Linke Gespräche mit der AfD ablehnen, nimmt das BSW das Angebot an. Themen sollen Energie, Bildung und Frieden sein.

Nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt will das BSW als einzige Partei Gespräche mit der AfD über eine mögliche Zusammenarbeit führen. „Der Landesvorstand des BSW Sachsen-Anhalt hat einstimmig beschlossen, seiner Linie treu zu bleiben und mit allen Parteien im neuen Landtag das Gespräch zu suchen“, sagte ein Sprecher der Partei der Deutschen Presse-Agentur. Themen des Treffens mit der AfD sollen Energieversorgung, Bildung und Friedenspolitik sein.

Zuvor hatten Vertreter von CDU, SPD, Grünen und Linken das Gesprächsangebot der AfD ausgeschlagen. BSW-Spitzenkandidat Thomas Schulze kritisierte diese Absagen als „schlechten politischen Umgang“ und als kein gutes Zeichen für die demokratische Kultur.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

15. **Wegner schaut Basketball**

Erst waren sie nur unfähig, nun interessiert sich kaum jemand für sie: Das Personal der Berliner Senatskoalition kam durch eine Negativauslese in seine Ämter und glänzt dort durch Mangel an „Verantwortungsbewusstsein, Kompetenz, Professionalität“. Das alles jedenfalls sprach Franziska Giffey (SPD), abgehaltete Bundesministerin, gewesene Regierende Bürgermeisterin und nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus wahrscheinlich Ex-Senatorin, im Interview mit dem „Tagesspiegel“ Anfang Juli Senatschef Kai Wegner (CDU) ab. Sie selbst bestreitet ihren Wahlkampf neben abfälligen Bemerkungen mit einem Kochbuch, der Einweihung von 93 Meter Zaun um ein Umspannwerk und Schornsteinfegen in ihrem Wahlkreis. In ihrer eigenen Partei gilt sie als Wählerschreck. Bei der Aufstellung der Landesliste erhielt sie keinen sicheren Listenplatz.

Wegner bemüht sich, dem Bild zu genügen, das seine Wähler und Giffey von ihm haben.

Quelle: [unsere zeit](#)